

PRESSEMITTEILUNG



Mecklenburg-Vorpommern
Ministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Tourismus
und Arbeit

Vorpommern-Magistrale: Blank und Crumbach fordern verlässliche Finanzierung durch den Bund

WM

Schwerin, 13.09.2026

Nummer: 153/2026

Dr. Wolfgang Blank, Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern, und Robert Crumbach, Minister für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg, haben heute anlässlich des Tags des offenen Denkmals den Lokschruppen Pasewalk besucht. Dabei forderten sie gemeinsam den Bund auf, den zugesagten Ausbau der Vorpommern-Magistrale voranzubringen und die Mittel für Planung und Umsetzung des Vorhabens bereitzustellen. Bei einem Rundgang durch den historischen Eisenbahnstandort unterstrichen die beiden Minister die Bedeutung der Verbindung für beide Länder und darüber hinaus.

„Die Vorpommern-Magistrale verbindet Berlin und Brandenburg mit Vorpommern und der Ostseeküste. Ihr Ausbau verbessert die Verbindungen für Pendlerinnen und Pendler, stärkt unsere Wirtschaftsstandorte und macht unsere Häfen und Urlaubsregionen besser erreichbar. Die Verbindung ist gleichermaßen lebensnotwendig für die Anbindung unserer Hochschulen in Greifswald und Stralsund, der Universitätsmedizin Greifswald und der ansässigen, international renommierten Forschungseinrichtungen. Dafür setzen sich Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gemeinsam und mit Nachdruck ein“, sagte Minister Dr. Blank und ergänzt: „Der Handel innerhalb Europas gewinnt zunehmend an Bedeutung. So hat sowohl der deutsche Außenhandel mit dem Ostseeraum als auch mit Osteuropa das Handelsvolumen mit USA oder China weit übertroffen. Die Bundesregierung muss nicht nur das LNG-Versprechen einlösen, sie muss endlich die enormen wirtschaftlichen Chancen des Ostseeraums erkennen und nutzen, die sich aus der direkten Verbindung Berlin über Brandenburg nach Vorpommern ergeben. Die laufenden Haushaltsberatungen muss der Bund nutzen, um die erforderlichen Mittel für die Planung und Umsetzung endlich bereitzustellen.“

Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Tourismus und Arbeit
Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 588-15065
Mobil: 01520/1550892
E-Mail: presse@wm.mv-regierung.de
Internet: www.wm.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Jonas Bohl

„Die Vorpommern-Magistrale ist kein neues Vorhaben und kein Projekt, das erst noch begründet werden muss. Ihr Ausbau gehört zum vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans; im Zusammenhang mit dem LNG-Terminal auf Rügen hat der Bund zudem verbindlich zugesagt, diese wichtige Verbindung voranzubringen. Damit sind die Voraussetzungen klar: Der Bund muss jetzt auch die Mittel bereitstellen, damit die DB InfraGO die Planungen aufnehmen kann. Für Brandenburg ist die Strecke von großer Bedeutung – für Pendlerinnen und Pendler, für die Uckermark und für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung entlang der gesamten Verbindung. Auf zugesagte Infrastruktur muss Verlass sein“, so Minister Crumbach.

Die Vorpommern-Magistrale führt von Berlin über Angermünde, Pasewalk und Stralsund nach Sassnitz. Der Ausbau auf bis zu 160 Kilometer pro Stunde ist im Bedarfsplan Schiene als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft. Bereits im Sommer 2023 hatte der Bund im Zusammenhang mit der Ansiedlung des LNG-Terminals in Mukran zugesagt, den Ausbau zurück voranzutreiben.

Auch der Beginn der Planung war bereits für den Sommer 2023 vereinbart worden. Die erforderliche Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und der DB InfraGo steht jedoch weiterhin aus. Für die Aufnahme der Planung werden nach Angaben der DB InfraGo zunächst rund sieben Millionen Euro benötigt.

Bereits in ihrer gemeinsamen Kabinettsitzung im September 2025 hatten sich die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburg für den zügigen Ausbau der Verbindung ausgesprochen. Mit der erneuten gemeinsamen Forderung bekräftigen beide Minister die Erwartung, dass der Bund die zugesagte Verbesserung der Schieneninfrastruktur nunmehr endlich verlässlich finanziert und voranbringt.

In der Region zwischen Greifswald und Stralsund sind neben der Hochschule Greifswald, der Universität Greifswald sowie der Universitätsmedizin Greifswald mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt: das Leibniz-Institut für Plasmaphysik Greifswald, das Max Planck Institut für Plasmaphysik, das Helmholtz-Institut für One Health sowie das Friedrich-Löffler-Institut für Tiergesundheit.

Gleichzeitig erinnerten beide Minister auch daran, dass die Länder weiter auf einen Vorschlag des Bundes zur Lösung der Mehrkosten bei den Trassenpreisen im Schienenpersonenverkehr warten. Die kürzlich aus formalen

Gründen vom europäischen Gerichtshof gekippte bundesgesetzliche Regelung der Begrenzung der Trassenpreise des Schienenpersonennahverkehrs, dürfe nicht zu einer Mehrbelastung der Länder führen. Hier müsse der Bund nun schnell für Klarheit und eine Kompensation sorgen.